

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846 pbbn d



Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, empfiehlt bei aller Kritik am Mißbrauch von Sozialleistungen das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Seite 1/2

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA), beklagt den Rückgang des Lehrstellenangebots.
Seite 3

Uwe Jens MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages, setzt sich für Subventionskürzungen zugunsten eines zweiten Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) ein.
Seite 4

Peter Reuschenbach begrüßt die dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung Seite 5

Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SPD-Saar, fordert den Abzug der INF-Waffen aus der Bundesrepublik
Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 211

4. November 1981

Maßstab behalten...

... bei aller Kritik des Mißbrauchs von Sozialleistungen
Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Daß es Menschen in unserem Lande gibt, die den Armen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, dieses soziale Netz nicht gönnen, muß man in Kauf nehmen. Wenn aber der Vorstand einer sozialdemokratischen Betriebsgruppe sich diese Denkweise zu eigen macht, die von Springer-Zeitungen natürlich dankbar aufgegriffen wird (zum Beispiel "Welt am Sonntag" vom 1. November 1981), so bedarf es natürlich einiger Aufklärung. Natürlich mag es Leute geben, "die ohne Hemmungen das Netz der sozialen Sicherheit zum eigenen Vorteil zu Lasten der Allgemeinheit ausnutzen". Die gelieferten Beispiele sind aber zum Beweis des Mißbrauchs untauglich.

Da wird uns ein Regierungssekretär von 25 Jahren, verheiratet, mit einem Kind "konstruiert". An diesem Fall ist mehreres unrichtig. Ein Regierungssekretär dieses Alters kann nicht in der 1. Stufe von A 6 sein. Weil er zunächst eine Assistentenzeit durchläuft und ihm sein Vorbereitungsdienst angerechnet wird, müßte er mindestens in der zweiten Stufe, wahrscheinlich aber schon in der dritten sein. 220 DM monatlich für Heizung auf das ganze Jahr berechnet, sind selbst in Zeiten steigender Energiekosten unrealistisch. Ob er pro Monat DM 150 für Kleidung aufwendet, ist auch noch fraglich.



Die Sozialhilfeberechnung ist zunächst durchaus richtig. Für den Lebensunterhalt eines Haushaltsvorstandes mit Ehefrau und Kind (bis sieben Jahre) werden im Durchschnitt nach Regelsätzen DM 743 gewährt. Außerdem werden in angemessenem Umfang Kosten für Miete und Heizung (bei messbaren Heizungssystemen die Realkosten, bei Kohleheizung pauschalisierte Beihilfen) erstattet. Die allermeisten Sozialhilfeempfänger - alleinstehende Frauen und Rentnerinnen - wohnen nicht in Sechshundert-Mark-Wohnungen. Im Einzelfall muß eine Familie in Ballungsgebieten zwar auch in eine solche Wohnung eingewiesen werden, wenn nichts anderes zur Verfügung steht. Legt man aber die üblicherweise gezahlte geringere Miete zu Grunde, so ändert sich sofort der Vergleich.

Darüberhinaus gibt es sogenannte einmalige Beihilfen für Kleidung, Wohnungsrenovierung und so weiter. Es ist aber keineswegs so, daß ein Sozialhilfeempfänger ungehemmt Kleidung, Wohnungseinrichtung, Gardinen und dergleichen beschaffen kann. Hierfür muß ein Bedarf bestehen, der im Einzelfall nachgewiesen werden muß. Daß einem Sozialhilfeempfänger alle zwei Jahre eine Kur bewilligt wird, ist so auch nicht richtig. Das ist wie bei einem Arbeitnehmer, für den die BfA oder die LVA zuständig ist, nur dann der Fall, wenn das medizinisch erforderlich ist.

Ähnlich läßt sich zum zweiten Beispiel einer Raumpflegerin sagen. Bei der Sozialhilfeempfängerin, die ihr entgegenhalten wird, fragt man sich, warum hier für einen 17jährigen Sozialhilfe bezahlt wird. Wenn er nicht eine Lehrstelle (und damit eigenes Einkommen) hat, sondern noch die Schule besucht, müßte er ja Bafög bekommen.

Grundsätzlich muß man zu solchen Berechnungen folgendes sagen: Nach dem geltenden Recht ist bei der Festsetzung der Regelsätze darauf zu achten, daß diese - zusammen mit normalen Wohnungskosten - unter dem durchschnittlichen Nettolohn unterer Lohngruppen zuzüglich Kindergeld bleiben. Bei Zusammentreffen mehrerer besonderer Umstände kann es im Einzelfall auch einmal anders sein. Berechnungen des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit haben ergeben, daß das verfügbare Einkommen in unteren Lohngruppen in der Regel aber höher als die durchschnittliche Sozialhilfe ist. Sozialhilfe kann im übrigen nur erlangen, wer auf Grund seiner Lebensumstände zur Erzielung eines ausreichenden Arbeitseinkommens nicht in der Lage ist. Ist ihm Arbeitsaufnahme zuzumuten und weigert er sich hartnäckig, so kann ihm Sozialhilfe entzogen werden. Es wird also niemand für seine Arbeit bestraft. Umgekehrt soll auch der Sozialhilfeempfänger nicht für seine Not bestraft werden.

Manche hierzulande sagen, es gibt Sozialleistungen, weil es Arme gibt, andere meinen, es gibt Arme, weil es Sozialleistungen gibt. Auf das gesetzliche Netz, das uns alle im Zweifelsfalle schützt, waren wir viele Jahre lang stolz. Wir dürfen jetzt bei aller Kritik des - übrigens nicht so häufigen - Mißbrauchs nicht den Maßstab verlieren.

(-/4.11.1981/hi/hgs)

+ + +



Die Straße statt einer Lehrstelle?

Vier Millionen Jugendliche sind in der Europäischen Gemeinschaft ohne Arbeit

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Geht es 1982 wieder bergab mit dem Angebot von Lehrstellen? Diese Frage ist nicht übertrieben. In den letzten Wochen berichten Betriebsräte von zum Teil drastischer Verringerung der Ausbildungskapazität in den Unternehmen. Betroffen sind davon vor allem qualitativ gute Lehrplätze. Die Befürchtungen, daß die Betriebe immer mehr zum Rotstift greifen, wenn es um Ausbildungskosten geht, mehren sich. Ein Betriebsratsvorsitzender sagte mir: "Statt von Verantwortung gegenüber den Jugendlichen und von sozialer Verpflichtung ist inzwischen wieder allein von rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen die Rede."

Und die Betriebserfahrenen fügen hinzu: Seitdem das Ausbildungsplatzförderungsgesetz vom Bundesverfassungsgericht gebeutelt worden sei, habe sich die Haltung in den Unternehmensleitungen geändert. Es habe sich eine Stimmung nach dem Motto "Jetzt sind wir aus dem Schneider" breitgemacht. Die Rückkehr zu alten Praktiken und Verhaltensweisen zeige sich ganz offensichtlich.

Vor rund einem Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht das Ausbildungsplatzförderungsgesetz an den Gesetzgeber zurückgewiesen. Anlaß für sein Monitum war eine reine Verfahrensfrage. Allein sie wurde dem Bundestag angekreidet. Das heißt: Das Verfassungsgericht entschied, daß wegen einer einzigen Formalie das ganze Gesetz neu beraten werden müsse.

Dies hat Wirkungen gehabt, die auf den Gesamtbereich der Berufsbildung ausstrahlen. In den gesetzgebenden Körperschaften formiert sich die traditionelle Berufsbildungstriolet: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Unions-Mehrheit im Bundesrat und Deutscher Industrie- und Handelstag. Die alten Kammerjäger wittern wieder ihre Stunde. Sie hacken auf diesem Gesetz mit der Absicht herum, daß auch ja nichts mehr aus den 70er Jahren übrig bleibe.

Die jungen Menschen werden das Nachsehen haben. Wir haben auch in den nächsten Jahren noch geburtenstarke Jahrgänge, die die Schulen verlassen und auf eine berufsqualifizierende Ausbildung warten. Sie sind davon betroffen, wenn jetzt wieder der alte Trotz einzieht, wenn Rückgang des Lehrstellenangebotes und Vernachlässigung der Ausbildungsqualität wie in früheren Jahren Einzug in die Wirtschaft halten.

Die Politik hat wahrlich Anlaß, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen. Der Rückgang von Lehrstellen würde sich als eine weitere, und zwar schlimme und nachhaltige Quelle für die ohnehin wachsende Jugendarbeitslosigkeit erweisen.

Die Institutionen der Brüsseler Gemeinschaft werden nervös. Sie haben auch allen Grund dazu. Ihre Rechnungen sind bedrückend. Europas Zeitungen schreiben im Blick auf die Länder der Europäischen Gemeinschaft: "Ein ganzer Jahrgang steht auf der Straße." Und sie fügen hinzu: "In der Europäischen Gemeinschaft sind jetzt ebenso viele Jugendliche arbeitslos, wie in diesem Sommer die Schulen verlassen haben: vier Millionen."

Diese Jugendlichen werden sich ihren Reim auf die großen Europa-Phrasen machen. Ob in der jugendpolitischen Diskussion des CDU-Parteitages auch von den Wirkungen des europäischen Kapitalismus auf die reale Lage der jungen Generation die Rede sein wird? Wohl kaum. Da wird man auf Seiten der Union mit all den Sprüchen der vergangenen Jahre, mit den bekannten Ausreden das eigene Handeln begründen und sich in Anklagen gegenüber anderen erschöpfen. Sonthofen statt Wahrheit - so wird es wohl laufen.

(-/4.11.1981/ks/hgs)

* * *



Für eine wirtschaftspolitische Wende

Subventionen kürzen zugunsten von ZIP II

Von Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Seit mehr als sechs Jahren wurde in der Bundesrepublik weitgehend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben (Ausnahme ZIP); seit 1976 gab es finanzielle Erleichterungen für alle Unternehmen, um ihre Investitionsbedingungen zu verbessern (Senkung der Gewerbesteuer und Vermögenssteuer, Abschaffung der Lohnsummensteuer, Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten und anderes mehr). Aber die privaten Investitionen sprudelten nicht wie es immer wieder erwartet wurde. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, nicht mehr ausschließlich die Angebotsseite zu besockern, sondern ebenfalls nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ideologische Festlegungen auf einer Seite führen angesichts der Fülle von Ursachen für unsere wirtschaftlichen Probleme vor allem auf dem Arbeitsmarkt nur in die Irre.

Das wichtigste Hindernis für die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik liegt in den hohen Zinsen. Bei der augenblicklichen Hochzinspolitik lassen sich die Angebotsbedingungen gar nicht so stark verbessern, daß es für private Unternehmen nachhaltig interessiert wird, statt Kapitalmarktpapiere zu kaufen und risikoreiche Investitionen zu tätigen. Wirtschaftspolitisches Gebot Nummer eins ist deshalb die Verpflichtung der Bundesbank, alles zu tun, um die Zinsen zu senken.

Um die Nachfragesituation zu verbessern, scheiden kurzfristige Konjunkturprogramme, die nur ein Strohfeuer mit Preisanhebungen entfachen, ebenfalls aus. Hier geht es dringend um ein mittelfristiges Investitionsprogramm des Bundes bis 1985, mit dem vor allem zusätzliche Nachfrage für den Hoch- und Tiefbau geschaffen werden muß. Die Bauwirtschaft ist für die nächsten Jahre noch immer ein Schlüsselbereich, der zu 70 Prozent von öffentlichen Aufträgen abhängt. Wenn hier nichts getan wird, hat vor allem die öffentliche Hand die Verantwortung dafür, daß es im nächsten Jahr noch einmal hunderttausend Arbeitslose und 10.000 Firmenzusammenbrüche mehr geben wird. Dabei gibt es durchaus etliche sinnvolle Maßnahmen allein des Bundes für den Hoch- und Tiefbau, zur Energieeinsparung und zur Verbesserung des Umweltschutzes.

Das Problem hierfür ist die Finanzierung. Generell gilt, daß wir weiterhin nicht umhin kommen, konsumptive Ausgaben bei privaten und den öffentlichen Händen zu streichen, um investive zu tätigen. Mehr denn je muß aber außerdem darauf hingewiesen werden, daß eine Konjunktur zu Tode gespart werden kann. Für bestimmte Fälle kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Bund und Länder bereits kräftig dabei sind. Viele Subventionen und Finanzhilfen haben im Zeitablauf im Übrigen einen konsumptiven Charakter erhalten. Mit Ausnahme derjenigen, die gezahlt werden müssen, weil sie uns vom Ausland aufgezwungen werden, ist es deshalb durchaus sinnvoll, alle um fünf beziehungsweise zehn Prozent zu kürzen, um Finanzmittel für ein ZIP II freizubekommen.

Die viel zu hohe Arbeitslosigkeit kann auf diese Weise sicherlich kurzfristig nicht beseitigt werden. Nur die Zuwachsraten wären sichtbar zu bremsen, damit wir nicht noch mehr Arbeitslose verwalten müssen.

(-/4.11.1981/vo-he/hgs)



Ziele der Enquete-Kommission von 3. Fortschreibung erfüllt

Von Peter Reuschenbach MdB

Mitglied der Enquete-Kommission "Zukünftige Energiepolitik" des Deutschen Bundestages

Mit der dritten Fortschreibung ihres Energieprogramms hat die Bundesregierung die wichtigsten von der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" erarbeiteten Zielsetzungen der Energiepolitik für die 80er Jahre erfüllt:

- Fortsetzung der erheblichen Anstrengungen zur Energieeinsparung;
- beschleunigte Entwicklung und Markteinführung neuer Energietechnologien;
- bedarfsgerechter Zubau von Kernkraftwerken bei Fortschritten in der Lösung der Entsorgungsfrage;
- Bau von Demonstrationsanlagen fortgeschrittener Reaktorlinien und einer Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente.

Der Zubau von Kernkraftwerken wird darüber hinaus von Wachstum und Strukturentwicklung der Wirtschaft abhängig gemacht.

Mit Recht hat daher die Bundesregierung darauf verzichtet, die "Optionen-Lehre" der Enquete-Kommission für den Ausbau der Kernenergie verbal zu übernehmen.

Unbeschadet hiervon sollte die Bundesregierung allerdings prüfen, ob und wie

- durch Novellierung des Bundesbaugesetzes die Durchsetzung regionaler Energieversorgungskonzepte vorangebracht und
- durch Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes der Einsatz aller leitungsgebundenen Energien einschließlich der Fernwärme verbessert werden kann. (-/4.11.1981/ks/hgs)

+ + +



TNF-Waffen raus aus der Bundesrepublik!

Nuklearwaffen dort stationieren wo sie produziert werden

Von Oskar Lafontaine

Vorsitzender der SPD-Saar, Mitglied des SPD-Vorstandes

Ronald Reagan hat mit der ihm eigenen schlichten Offenheit den Europäern noch einmal in Erinnerung gerufen, was das sicherheitspolitische Konzept der flexible response für sie bedeutet. Die Reaktionen in den europäischen Ländern und insbesondere in unserem Land, können nur erstaunen. Ronald Reagan hat doch nur das gesagt, was eigentlich jeder wissen müßte.

Jeder amerikanische Präsident wird versuchen, so lange wie möglich den Krieg vom eigenen Land fernzuhalten. Erst recht wird er es so lange wie möglich versuchen, einen atomaren Schlag gegen das eigene Land zu vermeiden. Wenn er das nicht täte, müßten die Amerikaner ihn schleunigst in die Wüste schicken.

Es besteht auch überhaupt kein Grund für die Europäer, sich darüber aufzuregen, daß das so ist. Die Menschen sind nun einmal so, daß sie sich nicht ohne Not selber umbringen. Die Reagan'sche Äußerung hat daher im Grunde genommen nur deutlich gemacht, daß die Sicherheitsinteressen der Europäer andere sind als die der Amerikaner. Es wäre gut, wenn darüber nicht hinweg geredet würde und wenn die Europäer die zwingende Schlußfolgerung daraus ziehen würden, die heißt: Wir müssen lernen, unsere eigenen Sicherheitsinteressen zu definieren und sie zur Geltung zu bringen.

Wenn die Großmächte eine bipolare Welt festschreiben wollen, wenn sie ihre Rivalität im kleinsten unterentwickelten Land austragen wollen und wenn sie ihre Außenpolitik, wie George F. Kennan gesagt hat, immer mehr militarisieren, dann müssen die Europäer dagegen halten. Eine eigene Politik ist aber nur möglich, wenn der Nebel, den das Beschwören der westlichen Schicksalsgemeinschaft verbreitet, durchbrochen wird, wenn nicht jeder Ansatz eigenen Denkens als Neutralität oder Antiamerikanismus bezeichnet wird und wenn nicht jeder, der danach fragt, ob die NATO für alle Zeit als antisowjetisches Bündnis festgeschrieben werden soll, als Feind der NATO bezeichnet wird.

Ich teile hier die Auffassung von Alfred Mechttersheimer, dem die deutsche Friedensbewegung viel verdankt, und mit dem wir solidarisch fühlen, wenn er sich angegriffen fühlt, daß diejenigen die größten Feinde der NATO sind, die sie auf ihre Aufgabenstellung nach dem Zweiten Weltkrieg als Antistalinbündnis festschreiben wollen.

Wenn man bereit ist, eigenständiges Denken nicht als Bedrohung des Bündnisses anzusehen, dann muß man erkennen, daß die jetzige NATO-Strategie der flexible response, die den Einsatz taktischer Nuklearwaffen vorsieht, keine Sicherheitspolitik ist.

Da die NATO als Theater oder Schauplatz diejenigen Länder definiert, die keine Atomwaffen herstellen, sondern lediglich Stationierungsland sind, bedeutet die NATO-Strategie in Europa für die Bundesrepublik, auf deren Territorium 6.000 TNF-Sprengköpfe lagern, im Falle eines Krieges den sicheren Tod der Bevölkerung.

Eine Verteidigungspolitik, die der Zivilbevölkerung im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung keine Überlebenschance läßt, ist keine Verteidigungspolitik.



Daher müssen nach meiner Auffassung die TNF-Waffen vom Territorium der Bundesrepublik verschwinden.

Es wäre überhaupt ein erster Schritt anzustreben, daß die Nuklearwaffen in den Ländern stationiert werden, die sie produzieren.

Ein solcher Schritt wäre ein Segen für die Deutschen in Ost und West und würde das Risiko gerecht verteilen, da es die freie Entscheidung eines jeden Staates ist, Atomwaffen zu produzieren.

Seit der Aussage des damaligen Wehrexperthen der SPD-Bundestagsfraktion, Helmut Schmidt, am 22. März 1958: "Der Entschluß, die beiden Teile unseres Vaterlandes mit atomaren Waffen gegeneinander zu bewaffnen; wird in der Geschichte einmal als genauso verhängnisvoll angesehen, wie es damals das Ermächtigungsgesetz für Hitler war" hat sich vieles verändert, nur die NATO hat darauf noch nicht reagiert.

Welches sind die Veränderungen?

1. Die TNF-Waffen waren unter anderem auch dazu bestimmt, einen sowjetischen Panzer-Vorstoß aufzuhalten. Mittlerweile gibt es derart verlässliche konventionelle Panzerabwehrwaffen, daß allein von dieser technischen Seite der Einsatz von TNF-Waffen zur Panzerabwehr überflüssig geworden ist. In letzter Zeit mehren sich in der Fachliteratur Arbeiten, die darauf hinweisen, daß die Kampfpanzer als Kriegsführungsinstrument durch die Entwicklung der konventionellen Panzerabwehrwaffen als überholt anzusehen sind.
2. Die zivile Kernenergie wurde bei uns ausgebaut und soll weiter ausgebaut werden. Die friedliche Nutzung der Kernenergie in ihrer heutigen, gegen Atomwaffeneinwirkung nicht gesicherten Form, ist mit einer NATO-Strategie, welche für den Ernstfall begrenzte nukleare Einsätze auf unserem Boden androht und herausfordert, unvereinbar.
3. Die nuklearen Sprengsätze sind miniaturisiert worden und diese technische Entwicklung schreitet weiter voran. Diese technologische Entwicklung wird von vielen so beurteilt, daß dadurch die atomare Schwelle gesenkt wurde. Dies ist ein weiterer Grund, um den Abzug der TNF-Waffen von unserem Territorium zu verlangen.
4. Die Strategie hat sich geändert. Die Sprengköpfe werden nicht mehr nur gegen Städte, sondern infolge der Erhöhung der Zahl und der Erhöhung der Treffgenauigkeit in zunehmendem Maße auf militärische Ziele programmiert. Was dies für ein Land bedeutet, das eine solch große Dichte militärischer Anlagen hat und so viele nuklear bestückte Trägerwaffen besitzt, kann jeder ermesen. Wenn die Feststellung Helmut Schmidts aus dem Jahre 1961: "Landgestützte Raketen gehören nach Alaska, Labrador, Grönland oder in die Wüsten Libyens oder Vorderasiens, keineswegs aber in dichtbesiedelte Gebiete; sie sind Anziehungspunkte für die nuklearen Raketen des Gegners. Alles was Feuer auf sich zieht, ist für Staaten mit hoher Bevölkerungsdichte oder kleiner Fläche unerwünscht"; richtig war, dann ist sie heute im Zeitalter der Strategie gegen Streitkräfte doppelt und dreifach richtig. Daher ist das Aufstellen neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen eine nicht zu vertretende Gefährdung der Zivilbevölkerung.

Die Stationierung dieser Waffen ist auch außenpolitisch nicht verträglich. Als Adenauer es Ende der 50er Jahre ablehnte, amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium zu stationieren, die die Zentren der Sowjetunion erreichen können, gab es noch nicht die Entspannungspolitik Willy Brandts. Ist es so schwer zu begreifen, daß nach zehn Jahren Entspannungspolitik es ein schwerer Fehler der deutschen Außenpolitik wäre, amerikanische Raketen in der Bundesrepublik zu stationieren, die die Zentren der Sowjetunion in wenigen Minuten erreichen können.

(-/4.11.1981/ks/hgs)

+ + +

